

Personensorge

Rechtliche Erläuterungen für Beratung, Gestaltung und Vertretung

Bearbeitet von
Von: Birgit Hoffmann

3. Auflage 2018. Buch. Rund 250 S. Kartoniert
ISBN 978 3 8487 4602 6

[Recht > Zivilrecht > Familienrecht > Sorgerecht, Namensrecht](#)

schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Hoffmann

Personensorge

Rechtliche Erläuterungen für Beratung,
Gestaltung und Vertretung

3. Auflage



Nomos

NOMOSPRAXIS

Prof. Dr. Birgit Hoffmann

Hochschule Mannheim, Fakultät für Sozialwesen

Personensorge

Rechtliche Erläuterungen für Beratung,
Gestaltung und Vertretung

3. Auflage



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-4602-6

3. Auflage 2018

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2018. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort zur 3. Auflage

Nicht die eine große Reform ist für den Zeitraum seit dem Erscheinen der 2. Auflage von Personensorge, Erläuterungen und Gestaltungsvorschlägen für die rechtliche Beratung und Entscheidung, im Jahr 2013 kennzeichnend, sondern eine Vielzahl an Reformen und Reförmchen, die zu Neuerungen (auch) im Recht der Entstehung und Ausübung der elterlichen Personensorge geführt haben. So ergeben sich Veränderungen im Recht der Personensorge durch die Möglichkeit der **Eheschließung auch für gleichgeschlechtliche Partner/-innen** oder durch das **Verbot der Minderjährigenehe**. Der Zustrom an Flüchtlingen hat zu einer ausdrücklichen Regelung des Verbots der **missbräuchlichen Anerkennung der Vaterschaft** in § 1597a BGB im Rahmen des Gesetzes zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht geführt. Weitere Neuerungen haben sich etwa ergeben durch das Gesetz zur Einführung eines familiengerichtlichen Genehmigungsvorbehaltes für **freiheitsentziehende Maßnahmen** bei Kindern bzw. werden mit Inkrafttreten des bereits verabschiedeten Gesetzes zur Regelung des Rechts auf **Kenntnis der Abstammung** bei **heterologer Verwendung von Samen** erfolgen. Änderungen waren auch im Personenstandsrecht zu verzeichnen, wie die Möglichkeit zur **Vornamenssortierung** oder zum **Verzicht** auf die **Eintragung** eines **Geschlechts** im Personenstandsregister im Rahmen des Geburtseintrags.

Andere Reformen standen beim Erscheinen der 2. Auflage unmittelbar bevor bzw. waren gerade verabschiedet und konnten daher in der 2. Auflage berücksichtigt, aber in ihren Wirkungen noch nicht eingeschätzt werden. So sind etwa die Folgen des Schaffens eines **Umgangs- und Auskunftsanspruchs** für **leibliche**, aber nicht rechtliche **Väter** in § 1686 a BGB und die Einführung einer **vertraulichen Geburt** ebenso zu betrachten wie das damals gerade in Kraft getretenen Gesetz zur Reform der elterlichen Sorge nicht miteinander verheirateter Eltern, durch das erstmals eine **gemeinsame Sorge** auch **gegen den Willen** eines Elternteils ermöglicht wurde. Wie in der Voraufgabe werden in der 3. Auflage zudem die Reformvorhaben aufgegriffen, bei denen sich das Ergebnis einigermaßen sicher einschätzen lässt, etwa die Möglichkeit zur **Rückbenennung** durch das Gesetz zur Reform des Scheinvaterregresses, zur Rückbenennung und zur Änderung des Internationalen Familienrechtsverfahrensgesetzes. Hingegen müssen die anstehenden weiteren Reformen etwa im Abstammungs- oder im Vormundschaftsrecht, in dieser Auflage unberücksichtigt bleiben, weil sich über deren letztlichen Inhalt nur spekulieren lässt.

Dass weitere Aktivitäten des Gesetzgebers erforderlich sind, ergibt sich aus der **umfangreichen** Rechtsprechung und Literatur zu Fragen der elterlichen Sorge. In Ermangelung gesetzlicher Regelungen hat die **Rechtsprechung** sich etwa mit der Anerkennung ausländischer Zuordnungen zur Elternschaft nach Leihmutterchaft oder Eizellenspende in Deutschland zu befassen, **gestaltet** durch Entscheidungen den Rahmen des Wechselmodells nach Trennung oder Scheidung oder befasst sich mit den Rechten eines Samenspenders im Adoptionsverfahren. Es galt, diese umfangreiche Rechtsprechung, deren Kenntnis **Voraussetzung** für die **Beratung** und Entscheidung in Angelegenheiten der Personensorge ist, in die Neuauflage einzuarbeiten.

Vorwort zur 3. Auflage

Die 3. Auflage beruht ebenso wie die Voraufgaben auf meinen Tätigkeiten als Hochschullehrerin an der Fakultät für Sozialwesen der HS Mannheim und als Gutachterin für das Deutsche Institut für Jugendhilfe und Familienrecht (DIJuF). Mein ganz besonderer Dank für vielfältige Unterstützung durch Materialien und Hinweise auf Rechtsprechung und Literatur richtet sich erneut an Guy Walther, Stadt Frankfurt.

Freiburg, im Februar 2018

Birgit Hoffmann

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 3. Auflage	5
Abkürzungsverzeichnis	19
§ 1 Rechtliche Elternschaft als Voraussetzung der Befugnis zur elterlichen Sorge	23
§ 2 Befugnis zur Personensorge	37
§ 3 Personensorge als Teil elterlicher Sorge	68
§ 4 Vollmacht zur Ausübung von Befugnissen aus der Personensorge	81
§ 5 Adoption, Name und andere statusrechtliche Fragestellungen	95
§ 6 Erziehung	110
§ 7 (Aus-)Bildung	128
§ 8 Aufenthaltsbestimmung	142
§ 9 Umgangsrechte und Umgangsbestimmung	162
§ 10 Gesundheitssorge	182
§ 11 Entscheidungen am Lebensende, Pflichten bei Tod eines Kinds oder Jugendlichen	217
§ 12 Kinder und Jugendliche in Strafverfahren	226
§ 13 Aufsichtspflichten Personensorgeberechtigter	240
§ 14 (Drohende) Pflichtverletzungen und ihre Folgen	248
§ 15 Vereinbarungen zur Ausübung von Befugnissen aus der Personensorge – Formulierungshilfen	277
Literaturverzeichnis	281
Stichwortverzeichnis	295

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 3. Auflage	5
Abkürzungsverzeichnis	19
§ 1 Rechtliche Elternschaft als Voraussetzung der Befugnis zur elterlichen Sorge	23
I. Voraussetzungen rechtlicher Elternschaft	23
1. Voraussetzungen rechtlicher Mutterschaft	23
a) Mutterschaft kraft Geburt	23
b) Mutterschaft der Ehegattin der rechtlichen Mutter	24
2. Voraussetzungen rechtlicher Vaterschaft	25
a) Vaterschaft kraft Ehe	25
b) Vaterschaft kraft Anerkenntnis	25
c) Vaterschaft kraft gerichtlicher Feststellung	27
d) Beistandschaft des Jugendamts	28
3. Feststellen der rechtlichen Vaterschaft als Angelegenheit der Personensorge	29
II. Feststellen/Kennntnis der leiblichen Abstammung	30
1. Feststellen der leiblichen Abstammung	30
2. Kennntnis der leiblichen Abstammung	32
III. Beenden von Elternschaft	33
1. Beenden einer rechtlichen Mutterschaft	33
2. Beenden einer rechtlichen Vaterschaft	33
§ 2 Befugnis zur Personensorge	37
I. Personensorge und grundgesetzliches Elternrecht	37
II. Befugnis rechtlicher Eltern zur elterlichen Sorge	38
1. Entstehen gemeinsamer elterlicher Sorge	38
a) Bestehen gemeinsamer elterlicher Sorge im Moment der Geburt des Kinds	38
b) Entstehen gemeinsamer elterlicher Sorge nach der Geburt des Kinds	39
2. Bestehen bzw Entstehen alleiniger elterlicher Sorge	41
3. Ausüben gemeinsamer elterlicher Sorge, Meinungsverschiedenheiten zwischen Eltern	42
4. Ausüben gemeinsamer elterlicher Sorge bei dauerhaftem Getrenntleben	45
5. (Teilweises) Auflösen gemeinsamer elterlicher Sorge	47
6. Ausüben elterlicher Sorge durch einen nicht sorgeberechtigten Elternteil	50
7. Ruhen der elterlichen Sorge wegen Geschäftsunfähigkeit der Eltern oder tatsächlicher Verhinderung	51
8. Elterliche Sorge bei Bestehen einer rechtlichen Betreuung	52

Inhaltsverzeichnis

9. Personen(neben)sorge beschränkt geschäftsfähiger, minderjähriger Elternteile	53
III. Elterliche Sorge von Stiefelternteilen	54
IV. Personensorge von Pflegeeltern	55
1. Personensorge kraft Gesetzes	55
2. Personensorge kraft gerichtlicher Entscheidung	57
V. Personensorge von Vormündern und Pflegern	58
1. Gerichtlich bestellte Vormünder und Pfleger	59
a) Anordnung, Auswahl und Bestellung von Vormündern und Pflegern	59
b) Verhältnis der Rechte von Vormündern oder Pflegern zu elterlichen Rechten	61
2. Vormundschaft des Jugendamts kraft Gesetzes	62
a) Vormundschaft bei beschränkt geschäftsfähigen Eltern	62
b) Vormundschaft nach elterlicher Einwilligung in eine Adoption	63
VI. Ende der Befugnis zur Personensorge	64
VII. Befugnisse öffentlicher Institutionen	65
1. Befugnisse öffentlicher Institutionen und Befugnisse Sorgeberechtigter	65
2. Befugnisse des Familiengerichts	65
a) Befugnisse nach § 1666 BGB	65
b) Einstweilige Maßnahmen, § 1846 BGB	66
3. Befugnisse von Schule	66
4. Befugnisse des Jugendamts	67
§ 3 Personensorge als Teil elterlicher Sorge	68
I. Personen- und Vermögenssorge	68
II. Bestandteile von Personensorge	69
III. Personensorge als pflichtgebundenes Recht	69
1. Personensorge als Verpflichtung	69
2. Gebot der Orientierung am Kindeswohl	71
a) Maßstab des Kindeswohls	71
b) Konflikte zwischen Kindeswohl und den Interessen anderer Familienmitglieder	72
3. Gebot partnerschaftlicher Erziehung	73
4. Gebot gewaltfreier Erziehung	74
a) Einführung	74
b) Körperliche Bestrafung	74
c) Seelische Verletzung	74
d) Andere entwürdigende Maßnahmen	75
IV. Ausübung von Personensorge	75
1. Recht(sgeschäft)liche Vertretung	75
2. Legitimierung von Eingriffen in absolute Rechte	75
3. Tatsächliche Handlungen	76

4. Vertretung in gerichtlichen Verfahren	76
a) Rechtliche Vertretung in gerichtlichen Verfahren	76
b) Zeugnisverweigerungsrecht von Kindern und Jugendlichen	78
V. Selbst- und Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen	79
1. Selbstbestimmungsrechte von Kindern und Jugendlichen	79
2. Mitbestimmungsrechte von Kindern und Jugendlichen	79
§ 4 Vollmacht zur Ausübung von Befugnissen aus der Personensorge	81
I. Bedeutung von Vollmachten	81
II. Befugnis zur Sorge, Vollmacht zur Ausübung von Befugnissen aus Sorge.....	82
1. Charakter der Befugnis zur elterlichen Sorge	82
2. Charakter einer Vollmacht zur Ausübung von Befugnissen aus Sorge	83
3. Hintergründe des Erteilens einer Vollmacht	83
a) Zwischen rechtlichen Eltern.....	83
b) Für soziale Eltern und erziehende Dritte	84
c) Als Alternative zu Eingriffen in die elterliche Sorge nach §§ 1666, 1666 a BGB	84
III. Vollmacht und Grundverhältnis.....	85
1. Verhältnis zwischen Vollmacht und Grundverhältnis	85
2. Rechtliche Einordnung des Grundverhältnisses.....	86
a) Zwischen Eltern.....	86
b) Zwischen einem zur Sorge Berechtigten und Dritten	86
3. Voraussetzungen eines wirksamen Grundverhältnisses	87
a) Zwischen Eltern.....	87
b) Zwischen einem zur Sorge Berechtigten und Dritten	89
4. Vorgaben aus dem Grundverhältnis für das Handeln aufgrund Voll- macht	90
5. Ende des Grundverhältnisses	90
a) Zwischen Eltern.....	90
b) Zwischen einem zur Sorge Berechtigten und Dritten	91
IV. Vollmacht	91
1. Voraussetzungen einer wirksamen Vollmacht	91
2. Handeln aufgrund Vollmacht	93
3. Pflichten des Sorgeberechtigten nach Erteilen einer Vollmacht.....	93
4. Ende einer Vollmacht	93
§ 5 Adoption, Name und andere statusrechtliche Fragestellungen	95
I. Adoption	95
1. Voraussetzungen im Überblick.....	95
2. Einwilligung der Eltern in die Adoption	96
a) Einwilligung der Eltern	96

Inhaltsverzeichnis

b) Ersetzung der Einwilligung der Eltern	97
2. Einwilligung des Kinds	99
II. Namensgebung/-änderung	100
1. Anzeige der Geburt	100
2. Namensgebung	101
a) Vornamen	101
b) Geburtsname	102
3. Änderung des Vor-/Geburtsnamens	103
a) Änderung des Geburtsnamens bei nachträglicher Begründung gemeinsamer elterlicher Sorge, bei Scheinvaterschaft und Namensänderung der Eltern nach §§ 1617 b f BGB	103
b) Ein- und Rückbenennung, § 1618 BGB	104
c) Namensänderung nach dem Namensänderungsgesetz	106
d) Namensänderung nach Adoption	107
III. Staatsangehörigkeit	108
1. Begründen/Beenden der Staatsangehörigkeit	108
2. Ausweispapiere	109
§ 6 Erziehung	110
I. Erziehung als Teil von Personensorge	110
II. Erzieherische Maßnahmen	111
1. Ermahnungen, Tadel etc.	111
2. Bekleidungsge- und -verbote	111
3. Entzug von Vergünstigungen	111
4. Ohrfeigen, „Klapse“ und andere auf den Körper einwirkende Maß- nahmen	112
5. Hausarrest und andere die Bewegungsfreiheit einschränkende Maß- nahmen	112
6. Taschengeld und Taschengeldkürzung	114
7. Wegnahme von Gegenständen	114
8. Umgangsverbote	115
III. Unterstützung in der Erziehung durch die Kinder- und Jugendhilfe	115
1. Allgemeine Zielsetzung der Kinder- und Jugendhilfe	115
2. Angebote der Kinder- und Jugendhilfe	116
IV. Personensorge und öffentlich-rechtlicher Jugendschutz	118
1. Verhältnis zwischen öffentlich-rechtlichem Jugendschutz und den Befugnissen Personensorgeberechtigter	118
2. Aufenthaltsverbote	120
3. Alkohol	121
4. Rauchen	121
5. Kinobesuch	122
V. Religiöse Erziehung, Werteerziehung	122
1. Konfessionsbestimmung, Inhalt religiöser Erziehung	122
2. Religionsmündigkeit	126

3. Werteerziehung	126
§ 7 (Aus-)Bildung	128
I. (Aus-)Bildung als Bestandteil von Personensorge	128
1. (Aus-)Bildungsentscheidungen Personensorgeberechtigter	128
2. Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen	128
3. Staatlicher Bildungs- und Erziehungsauftrag	129
II. Frühkindliche Bildung	130
III. Schulische und sonstige Bildung	131
1. Befugnis zur Entscheidung in Bildungsangelegenheiten	131
2. Verhältnis zwischen Schule und Personensorgeberechtigtem	132
IV. Bildungsangebote der Jugendhilfe	138
V. Berufsausbildung	138
VI. Exkurs: Erwerbstätigkeit von Kindern und Jugendlichen	140
§ 8 Aufenthaltsbestimmung	142
I. Charakter der Befugnis zur Bestimmung des Aufenthalts	142
II. Inhalt der Befugnis zur Bestimmung des Aufenthalts	142
1. Gegenstand der Befugnis zur Bestimmung des Aufenthalts	142
2. Verhältnis zur Befugnis zur Bestimmung des Umgangs	143
III. Schranken der Befugnis zur Bestimmung des Aufenthalts	144
1. Verhältnis zum Selbstbestimmungsrecht von Kindern und Jugendlichen	144
2. Verhältnis zu Befugnissen des Jugendamts	144
IV. Freiheitsentziehende Unterbringung	145
1. Voraussetzungen einer zivilrechtlichen Unterbringung	146
2. Exkurs: Öffentlich-rechtliche Unterbringung nach PsychKG	148
3. Verfahren zur Genehmigung einer freiheitsentziehenden Unterbringung	149
4. Zuführung zu einer freiheitsentziehenden Unterbringung	152
5. Exkurs: Befugnis des Jugendamts zu freiheitsentziehenden Maßnahmen	152
V. Freiheitsentziehende und -beschränkende Maßnahmen	153
1. Genehmigungsbedürftige freiheitsentziehende Maßnahmen	153
2. Materiellrechtliche Voraussetzungen der Genehmigung freiheitsentziehender Maßnahmen	155
3. Verfahren zur Genehmigung freiheitsentziehender Maßnahmen	155
VI. Herausgabe eines Minderjährigen, § 1632 Abs. 1, Abs. 4 BGB	156
1. Herausgabe an Sorgeberechtigte, § 1632 Abs. 1 BGB	156
a) Herausgabe des Kinds/Jugendlichen	156
b) Herausgabe der zum persönlichen Gebrauch des Kinds bestimmter Sachen	158
2. Verbleibensanordnung, § 1632 Abs. 4 BGB	158

Inhaltsverzeichnis

VII. Wohnsitz, öffentlich-rechtliche Meldepflichten	160
§ 9 Umgangsrechte und Umgangsbestimmung	162
I. Umgangsrechte und Befugnis zur Umgangsbestimmung	162
II. Inhalt der Befugnis zur Bestimmung des Umgangs	162
1. Gegenstand der Befugnis zur Bestimmung des Umgangs	162
2. Verhältnis zur Befugnis zur Bestimmung des Aufenthalts	163
3. Durchsetzen positiver und negativer Umgangsbestimmung	163
III. Schranken der Befugnis zur Umgangsbestimmung	164
1. Verhältnis zum Selbstbestimmungsrecht Minderjähriger	164
2. Verhältnis zum Umgangsrecht rechtlicher Eltern	165
3. Verhältnis zum Umgangsrecht leiblicher Eltern	169
4. Verhältnis zum Umgangsrecht anderer Bezugspersonen	171
5. Verhältnis zum Umgangsrecht des Kinds	173
6. Verhältnis zu Befugnissen des Familiengerichts	174
7. Durchsetzen eines Umgangsrechts	177
IV. Exkurs: Umgangspflegschaft	178
V. Exkurs: Auskunftsanspruch	179
§ 10 Gesundheitssorge	182
I. Angelegenheiten der Gesundheitssorge	182
II. Einwilligung in eine Behandlung	182
1. Bedeutung der Einwilligung in eine Behandlung	182
2. Rechtlicher Charakter der Einwilligung	183
3. Anforderungen an eine wirksame Einwilligung	183
4. Vetorecht und Co-Konsens Minderjähriger	186
5. Einwilligung durch einen Elternteil bei gemeinsamer Sorge	188
a) Einwilligung bei gemeinsamer elterlicher Sorge und nicht getrennt lebenden Eltern	188
b) Einwilligung bei gemeinsamer elterlicher Sorge und getrennt lebenden Eltern	189
6. Einwilligung durch einen minderjährigen Elternteil	190
III. Gesundheitssorge durch nicht zur Sorge berechnigte Personen	191
1. Bevollmächtigung kraft Gesetzes nicht zur Sorge berechnigte Personen	191
2. Bevollmächtigung nicht zur Sorge berechnigte Personen durch den oder die Sorgeberechtigten	192
IV. Schweigepflicht, Schweigepflichtentbindung	193
V. Behandlungsvertrag	195
1. Abschluss eines Behandlungsvertrags	195
2. Abschluss von Verträgen über IGeL-Leistungen und nicht medizinisch indizierte Maßnahmen	196
VI. Mitgliedschaft in einer Krankenversicherung	197

VII. Zwangsbehandlung	197
1. Begriff Zwangsbehandlung	197
2. Ambulante Zwangsbehandlung	199
3. Stationäre Zwangsbehandlung (im Rahmen einer freiheitsentziehenden Unterbringung)	200
VIII. Nicht medizinisch indizierte Maßnahmen	202
1. Nicht indizierte Maßnahmen als Angelegenheiten der Sorge für die Gesundheit	202
2. Schönheitsoperationen, Piercing	202
3. Heilversuche	203
4. Medizinische Forschung	203
5. Beschneidung	204
6. Geschlechtsumwandelnde Operationen, Hormonbehandlung	205
IX. Organspende	205
1. Lebendspende	205
2. Organentnahme nach dem Tod	205
X. Behandlungsverweigerung, Behandlung im Übermaß	206
1. Behandlungsverweigerung	206
2. Behandlung im Übermaß	207
XI. Schwangerschaftsverhütung, -abbruch	208
1. Schwangerschaftsverhütung	208
2. Sterilisation	209
3. Schwangerschaftsabbruch	209
a) Einwilligung in den Schwangerschaftsabbruch	209
b) Verbot eines Schwangerschaftsabbruchs gegen den Willen Minderjähriger	211
c) Finanzierung eines Schwangerschaftsabbruchs	211
XII. Öffentlich-rechtliche Duldungspflichten	211
1. Prävention	211
a) Öffentlich-rechtliche Pflichten zur Duldung von Behandlungen und Untersuchungen	211
b) Frükerkennungsuntersuchungen	212
c) Schul-/Kindertagesstättengesundheitspflege	213
d) Impfungen	213
e) Infektionsschutz	214
2. Öffentlich-rechtliche (Zwangs-)Behandlung	214
3. Begutachtungen	215
a) Begutachtungen für Verwaltungsverfahren	215
b) Begutachtungen für familiengerichtliche Verfahren	215
§ 11 Entscheidungen am Lebensende, Pflichten bei Tod eines Kinds oder Jugendlichen	217
I. Entscheidungen am Lebensende	217
1. Begrifflichkeiten	217

Inhaltsverzeichnis

2. Befugnis zu Entscheidungen am Lebensende	218
a) Eigene Entscheidungsbefugnis Jugendlicher	218
aa) Aktuelle Entscheidung Jugendlicher	218
bb) Antizipierende Entscheidung Jugendlicher	219
b) Entscheidungsbefugnis Personensorgeberechtigter	220
3. Vorgaben für Entscheidungen am Lebensende	221
II. Pflichten bei Tod eines Kinds oder Jugendlichen	224
1. Anzeige eines Todesfalls	224
2. Todeserklärung	224
3. Bestattung	224
§ 12 Kinder und Jugendliche in Strafverfahren	226
I. Kinder und Jugendliche als Opfer einer Straftat	226
1. Strafantrag, Strafanzeige	226
2. Kinder und Jugendliche als Zeugen in Strafverfahren	227
a) Zeugenpflichten und Zeugenschutz	227
b) Zeugnisverweigerungsrecht	228
3. Nebenklage, Zeugenbeistand, psychosozialer Prozessbegleiter	231
4. Ansprüche auf Opferentschädigung	233
II. Strafverfahren gegen Jugendliche	235
1. Jugendliche als Beschuldigte, Angeschuldigte bzw Angeklagte	235
a) Strafverfahren gegen Jugendliche	235
b) Jugendgerichtliche Sanktionen und Personensorge	236
2. Gesetzliche Vertreter als Prozessbeteiligte	237
3. Gesetzliche Vertreter als Zeugen in Strafverfahren	238
III. Rechtliche Konsequenzen delinquenten Verhaltens von Kindern	239
§ 13 Aufsichtspflichten Personensorgeberechtigter	240
I. Aufsichtspflicht als Bestandteil von Personensorge	240
1. Grundlagen einer Aufsichtspflicht	240
2. Schutzrichtung von Aufsichtspflichten	241
II. Maßnahmen der Aufsicht	241
III. Auswahl unter mehreren Maßnahmen	242
1. Allgemeiner Maßstab	242
2. Allgemeine Regeln für die Auswahl von Aufsichtsmitteln	243
IV. Freiheitsentziehende Unterbringung als Aufsichtsmaßnahme	244
V. Abschluss einer Haftpflichtversicherung	245
§ 14 (Drohende) Pflichtverletzungen und ihre Folgen	248
I. Staatliches Wächteramt bei (drohenden) Pflichtverletzungen	248
1. Rechtliche Grundlagen des Wächteramts	248
2. Maßnahmen der Jugendhilfe	249
a) Leistungen und andere Angebote	249

b) Intervention durch die Jugendhilfe	250
3. Maßnahmen des Familiengerichts	253
a) Erörterung der Kindwohlgefährdung und andere präventive Maßnahmen	253
b) Eingriffe in die Personensorge und andere Interventionen	254
aa) Überblick	254
bb) Übertragung der elterlichen Sorge auf einen Elternteil in einer einzelnen Angelegenheit nach § 1628 BGB	255
cc) Übertragung der elterlichen Sorge auf einen Elternteil nach § 1671 Abs. 2 Nr. 2 BGB	256
dd) Familiengerichtliche Maßnahmen nach §§ 1666, 1666 a BGB, § 1632 Abs. 4 BGB	257
ee) Verbleibensanordnung nach § 1632 Abs. 4 BGB	262
ff) Ersetzen der elterlichen Einwilligung in eine Adoption nach § 1748 BGB	262
c) Besonderheiten bei Vormund- bzw Pflegschaft	264
4. Maßnahmen von Schule, Verpflichtungen von Lehrern und Lehrerinnen	265
II. Zivilrechtliche Schadensersatzansprüche nach Pflichtverletzung	267
1. Ansprüche Minderjähriger	267
a) Haftungserleichterung nach § 1664 BGB	267
b) Deliktische Ansprüche	268
c) Anspruch nach § 1664 BGB gegenüber Eltern	269
d) Anspruch nach §§ 1833, 1915 BGB gegen Vormünder und Pfleger	270
e) Haftungsmaßstab bei Delegation von Pflichten	270
f) Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen	271
2. Ansprüche Dritter	271
a) Fehlen vertraglicher Ansprüche	271
b) Haftung wegen Verletzung von Aufsichtspflichten	272
c) Haftung wegen Verletzung von Verkehrssicherungspflichten	272
3. Besonderheiten bei Amtsvormund- und -pflegschaft	273
III. Strafrechtliche Verantwortung	273
1. Strafrechtliche Verantwortung von Eltern	273
a) Strafbarkeit wegen Verletzen von Garantenpflichten	273
b) Strafbarkeit wegen Verletzens von Fürsorge- und Erziehungs- pflichten	274
c) Strafbarkeit wegen Misshandlung Schutzbefohlener	274
d) Einstellung des Verfahrens nach § 153 StPO	275
2. Strafrechtliche Verantwortung von Vormündern und Pflegern	275
3. Strafrechtliche Verantwortung bei Delegation	276

Inhaltsverzeichnis

§ 15 Vereinbarungen zur Ausübung von Befugnissen aus der Personensorge – Formulierungshilfen	277
I. Allgemeine Hinweise zur Formulierung von Vereinbarungen	277
II. Musterformulierungen	278
1. Einleitende Formulierungen	278
a) Bausteine für Vereinbarungen zwischen Eltern	278
b) Bausteine bei Erteilen einer Vollmacht an Dritte	279
2. Bindungswirkung, Regelungen für Konfliktfälle, Befristung	279
a) Bausteine bei Vereinbarungen zwischen Eltern	279
b) Bausteine bei Erteilen einer Vollmacht an Dritte	279
3. Vollmacht, Untervollmacht	280
a) Bausteine bei Vereinbarungen zwischen Eltern	280
b) Bausteine bei Erteilen einer Vollmacht an Dritte	280
Literaturverzeichnis	281
Stichwortverzeichnis	295